



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Stabilisierung der Europäischen Währungsunion: Höchste Zeit für mehr Reformen!«

1. Herr Fichtner, wie steht es um die aktuelle wirtschaftliche Situation des Euroraums? Ist die Talsohle der Krise durchschritten? Die wirtschaftliche Lage im Euroraum scheint sich zu stabilisieren. Wir haben für den Euroraum als Ganzes mittlerweile relativ durchgehend positive Wachstumsraten gesehen. Wichtig ist, dass sich auch in den Krisenländern die Konjunktur wieder stabilisiert hat.
2. Sind die Ursachen der Krise mittlerweile beseitigt? Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt zwar nach oben, aber die Krise ist nur vorübergehend zur Ruhe gekommen. Die Finanzmärkte sind in jüngster Zeit entspannter. Das liegt aber in erster Linie daran, dass die Europäische Zentralbank und die Rettungsschirme stabilisierend eingegriffen haben.
3. Bedarf es einer Neuausrichtung der stabilisierenden Maßnahmen? Die Stabilisierungsmaßnahmen, die in der Vergangenheit ergriffen wurden, haben es geschafft, die akute Krise zu beenden. Sie werden aber nicht verhindern, dass Ungleichgewichte und Schwierigkeiten entstehen, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben. Vor dem Hintergrund ist es überfällig, dass wir die günstigen Rahmenbedingungen, die wir zur Zeit haben, dafür nutzen, um das institutionelle Fundament der Währungsunion so auszurichten, dass wir die Bildung neuer Ungleichgewichte und damit neue Krisen nach Möglichkeit verhindern.
4. Braucht die Europäische Währungsunion eine völlig neue institutionelle Grundlage? Es ist nicht erforderlich, dass die Währungsunion vollständig neu ausgerichtet wird, aber es gibt wesentliche zusätzliche Elemente, die erforderlich sind, um die Währungsunion zu stabilisieren. Wir müssen an bestimmten Stellschrauben das System der Währungsunion ergänzen, um an diesen Stellen für Stabilität zu sorgen.
5. Welche Reformen wären notwendig, um die Europäische Währungsunion krisenfester zu gestalten? Das was wir als Krise im Euroraum bezeichnen, ist im Grunde eine

dreiteilige Krise. Es ist eine Krise, die sowohl auf den Finanzmärkten als auch in der Realwirtschaft sowie bei den öffentlichen Finanzen in unterschiedlicher Ausprägung zu Tage getreten ist. Wichtig ist, dass es extreme Wechselwirkungen zwischen diesen drei Teilkrisen gab. Wir müssen es schaffen, diese Wechselwirkungen so bald wie möglich zu unterbinden. Das ist die Kernidee, die wir in diesem Wochenbericht verfolgen. Dazu gehört, dass man zum Beispiel die öffentlichen Finanzen von der Situation auf den Finanzmärkten isoliert. Dazu gehört aber auch, dass man die Realwirtschaft robuster macht gegen öffentliche Verschuldung.

6. Wo sehen Sie die Risiken, wenn diese Reformen nicht in Angriff genommen werden? Wenn es nicht zu den von uns vorgeschlagenen institutionellen Änderungen kommt, ist die Währungsunion immer noch von der Krise bedroht. Das könnte auch mit einem Zerfall der Währungsunion enden, der für alle Länder und gerade für Deutschland mit extrem hohen Kosten verbunden wäre. Ein Auseinanderfallen der Währungsunion würde wohl auch den Integrationsprozess in Europa zum Ende bringen und damit ein Jahrhundertprojekt beerdigen, das von ungeheurer politischer Bedeutung ist.
7. Wie lange wird es dauern, um die Krise wirklich hinter uns zu lassen? Die Reformen, die wir vorschlagen, sind letztlich sehr unterschiedlich in ihrem Naturell. Das sind teilweise Reformen, die sich relativ schnell umsetzen lassen. Zum Beispiel ließe sich eine Verbesserung der Bedingungen für Migration in der Währungsunion durch ein paar politische Stellschrauben relativ schnell herstellen. Andererseits reden wir bei der Einführung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung sicherlich über einen Zeithorizont von zehn oder mehr Jahren. Vor diesem Hintergrund lässt sich also nicht alles über einen Kamm scheren. Klar ist, dass es lange dauern wird und auf lange Zeit die Unterstützung der Bevölkerung erfordert, um diesen Integrationsprozess fortzusetzen. Aber es ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um damit anzufangen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Philipp König

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.